



1 Staatliche und freie Schulen stärken!

2

3 Berlin ist eine wachsende Stadt. Steigende Einwohnerzahlen, eine florierende Wirtschaft mit
4 immer mehr Arbeitsplätzen, ein internationaler Spitzenstandort für Wissenschaft und Forschung
5 und vieles mehr sind deutliche Zeichen für eine sehr positive Entwicklung Berlins. Modellhaft ist
6 diese Entwicklung gerade in Pankow sichtbar. Die hohe Geburtenanzahl sowie der Zuzug von Neu-
7 Berlinern führen dazu, dass in unserem Bezirk die Einwohnerzahl jedes Jahr stark wächst. Schon in
8 naher Zukunft werden über 400.000 Menschen hier leben. Gerade für Familien mit Kindern ist
9 unser Bezirk besonders attraktiv. Die hierfür benötigten Schulplätze sind bereits heute kaum in
10 Pankow vorhanden. In der Zukunft wird sich diese Situation noch dramatisch zuspitzen. Die
11 Gründung von Schulen und die damit verbundene Schaffung von Schulplätzen hat daher unsere
12 volle Unterstützung. Dies gilt sowohl für staatliche als auch für freie Schulen. Eine Diskriminierung
13 von Schulträgern oder die Erschwerung der Gründung von Schulen in freier Trägerschaft erscheint
14 schwer verständlich in einer Zeit, in der es absehbar ist, dass ein Schulplatzmangel besteht.
15 Selbstverständlich muss damit auch verbunden sein, dass Schulplätze auch an nicht staatlichen
16 Schulen frei zugänglich sind. Deswegen wird sich die CDU Pankow auf Bezirks- und Landesebene
17 für folgende Schwerpunkte einsetzen:

18

19 Gründung von Schulen in freier Trägerschaft erleichtern

20 Aktuell müssen Schulen in freier Trägerschaft drei Jahre (Sekundarschulen/ Gymnasien) bzw. fünf
21 Jahre warten bis ihnen ein Anteil der Kosten durch staatliche Zuschüsse ersetzt wird. Diese
22 Wartezeit erschwert bzw. verhindert die Gründung von Schulen. Zudem ist diese sozial ungerecht,
23 da die Schulen sich dann durch ein höheres Schulgeld finanzieren müssen. Die Wartezeit für
24 bewährte Schulträger sollte daher abgemildert werden: Schulträger, die nach Ablauf der Wartefrist
25 einen ordentlichen Schulbetrieb gewährleisten können, erhalten die Zuschüsse der Wartejahre
26 rückwirkend. Die CDU Pankow fordert, dass sich die Zuschüsse für die Schulen in freier
27 Trägerschaft an den Durchschnittskosten der staatlichen Schulen in Berlin orientieren. Hierdurch
28 werden mehr Anreize für die Gründung neuer Schulen sowie die soziale Durchlässigkeit gestärkt.
29 Hierbei ist selbstverständlich, dass eine Finanzierung nur dann möglich ist, wenn Schulen in freier
30 Trägerschaft die gleichen qualitativen Kriterien der Lehrerqualifikation erfüllen wie die
31 entsprechende staatliche Schulform.



32 Qualität fördern - Finanzierung der freien Schulen anpassen

33 Freie Schulen erhalten – nach der Wartezeit (s.o.) - öffentliche Zuschüsse, deren Höhe sich deutlich
34 unterhalb der Finanzierungssätze für die staatlichen Schulen befindet. Stattdessen fordert die CDU
35 Pankow eine Angleichung in der Finanzierung privater und öffentlicher Schulen. Nur durch
36 qualitativ gut ausgebildete Lehrkräfte kann ein qualitativ hochwertiger Unterricht gewährleistet
37 werden. Daher fordert die CDU Pankow die Gewährung von Zuschüssen an das Ausbildungsniveau
38 der Lehrkräfte zu koppeln, Maßstab ist hierbei die jeweilige laufbahnrechtliche Voraussetzung bei
39 Schulen in staatlicher Trägerschaft und deren Vergütungsstruktur. Das Hinzutreten durch den
40 privaten Schulträger definierten Qualitätsmerkmalen über das staatliche Anforderungslevel hinaus
41 soll ausdrücklich gefördert werden. Auch hierdurch werden mehr Anreize für die Gründung neuer
42 Schulen sowie die soziale Durchlässigkeit gestärkt.

43

44 Kooperation zwischen Schulen in freier Trägerschaft und dem Bezirksamt stärken

45 Die CDU Pankow tritt dafür ein, dass eine Kooperationsvereinbarung zwischen den 21 Schulen in
46 freier Trägerschaft und dem Bezirksamt Pankow von Berlin geschlossen wird. Die
47 Kooperationsvereinbarung soll die Schulplatzplanung in Pankow verbessern und den Umgang der
48 Schulen in freier Trägerschaft mit den einzelnen Ämtern des Bezirksamtes regeln und erleichtern.

49

50 Autonomie der staatlichen Schulen stärken

51 Ein Großteil der Entscheidungen für eine Schule sollten am besten vor Ort, an der Schule selbst
52 getroffen werden. Insbesondere fordern wir eine Stärkung der Personal- und Budgethoheit an den
53 Schulen vor Ort. Hierdurch erhalten die Schulen eine bessere Möglichkeit, um auf ihre
54 Anforderungen vor Ort optimal einzugehen und sich ein eigenständiges Profil zu erarbeiten. Sie
55 können damit schneller, ohne mühsame Abstimmung mit dem Senat und dem Bezirksamt,
56 Herausforderungen meistern. Dabei haben die Schulen natürlich Qualitätsstandards sowohl beim
57 Personal- und Gebäudemanagements einzuhalten. Weiterhin muss die Schulleitung von ihren
58 vielfältigen verwaltungstechnischen Aufgaben entlastet werden. Die Schaffung der Stelle eines
59 ergänzenden Schulmanagers ist hier ein Unterstützens werter Lösungsansatz.